

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Se. Maj. der König empfing am Mittwoch Abend nach der Rückkehr von der Pfaueninsel den Geheimen Kommerzienrath Krupp, welcher gestern nach mehrwöchentlicher Anwesenheit in Berlin nach Essen zurückgekehrt ist. — Gestern Vormittag hatte Se. Maj. der König eine längere Unterredung mit Sr. K. H. dem Kronprinzen, welcher am Mittwoch früh von Schloß Fürstenstein abgereist und gestern Morgens 5 Uhr hier eingetroffen war, und fuhr um 1½ 11 Uhr in dessen Begleitung, gefolgt von dem Flügeladjutanten Major Grafen Fink v. Finkenstein, zur Gedächtnisfeier nach Charlottenburg. An der Feier im Mausoleum nahmen Theil S. K. H. der Prinz und Frau Prinzessin Karl, der Prinz Friedrich Karl, Prinz Albrecht, die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, die Prinzen Alexander, Georg und Alalbert. Um 1¼ Uhr kehrte der König von Sr. K. H. dem Kronprinzen begleitet, von Charlottenburg ins Palais zurück, empfing einige Militärs und arbeitete darauf mit dem Kriegsminister v. Roon und den Generalen v. Alvensleben und v. Tresckow. Später hatte der Ministerpräsident Graf Bismarck Vortrag.

— Sr. K. H. der Kronprinz, welcher sich gestern Nachmittag 2 Uhr nach Potsdam begab und auch in Schloß Sanssouci einen Besuch abhielt, wird sich heute Abend wieder ins Hauptquartier nach Schloß Fürstenstein zurückgeben. Se. K. H. der Prinz Friedrich Karl hat sich gestern Abend zur Armee begeben.

Berlin, 7. Juni. Nachdem Oesterreich durch seine Erklärungen am Bunde den Gasteiner Vertrag einseitig aufgehoben hat, tritt selbstverständlich der Zustand wieder ein, der vor Abschluß dieses Vertrages auf Grund des Wiener Friedens bestand. Die Herzogthümer stehen wieder unter der Verwaltung beider Großmächte; beide können nach ihrem Ermessen in jedem derselben ihre Besatzungen aufstellen, also Preußen auch in Holstein, Oesterreich auch in Schleswig. Keine von beiden darf mehr irgend welche Rechte ausüben, die Beiden zugehen.

— Preußen hat, so wird glaubhaft berichtet, die neutralen Mächte davon in Kenntniß gesetzt, daß es seine Souveränitätsrechte in Schleswig-Holstein, die auf dem Wiener Frieden vom 30. October 1864 basiren, von Oesterreich bedroht sehe, indem letzteres die Uebertragung der Entscheidung in der Erbvertragsfrage auf den Bund versucht und einseitig die Berufung der holsteinischen Stände angeordnet habe. Preußen werde zur Wahrung dieser Rechte in erster Linie die erforderlichen friedlichen Schritte thun. Es müsse aber auf Grund seiner Mitsoveräntheit in Holstein die bloß im Namen Oesterreichs erfolgte Einberufung der holsteinischen Stände für rechtswidrig erklären und ebenso jede einseitige Verfügung des österreichischen Statthalters in Holstein und der dortigen Landesregierung, so lange das Wiener Cabinet den in Frankfurt gehaltenen Schritt, welcher den Gasteiner Vertrag aufhebt und den Wiener Frieden verletzt, nicht zurücknimmt. Preußen will übrigens die Gesamtvertretung von Schleswig-Holstein und keine Sondervertretung von Holstein einberufen wissen.

— Der „K. Z.“ wird aus Berlin, 7. Juni, telegraphirt: General v. Mantruffel hat Vollmacht erhalten, auf Grund des Wiener Vertrages je nach den Umständen zu handeln. Die Mittelstaaten, namentlich Baiern, sollen noch Versuche unternehmen, zwischen Oesterreich und Preußen zu vermitteln. Die neutralen Mächte sollen noch offiziöse Friedens-Anstrengungen machen — allem Anscheine nach ohne Aussicht auf Erfolg.

— Der Nachricht der „K. Z.“ entgegen, daß die Preußen gestern (7.) in Holstein eingerückt und die Oesterreicher sich unter Protest auf Altona zurückgezogen, wird dem „S. C.“ auch Büchen vom 6. Mittags telegraphirt: „Den ersten der heute hier anvisirt gewesenen sechs preussischen Militär-Extrazüge von je 800 bis 900 Mann traf hier die telegraphische Ordre, Halt zu machen; die angekommenen Truppen sind hierauf nach dem Lauenburgischen abgerückt, wohin ihnen wahrscheinlich auch die nachfolgenden Preußen folgen werden.“

— Die „B. B.-Z.“ hört, daß dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck durch Vermittelung des französischen Botschafters Benedetti ein an ihn gerichtetes Schreiben des Kaisers Napoleon übergeben wurde, welches in sehr freundlichen Worten abgefaßt ist und namentlich das willige Entgegenkommen in Beziehung auf die Konferenz warm anerkennt.

— Nach der „B. B.-Z.“ hat der französische Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuys, an sämtliche bei den deutschen Höfen beglaubigten französischen Gesandten ein Rundschreiben erlassen, ihre Bemühungen dafür einzutreten zu lassen, daß dieselben in dem Kampfe zwischen Preußen und Oesterreich volle Neutralität beobachten und dadurch der Krieg auf die möglichst engsten Grenzen beschränkt werde.

— Der Geheimrath v. Langenbeck, der in der Eigenschaft eines Generalarztes auch in dem bevorstehenden Feldzuge wieder die oberste Leitung des Militärkrankenwesens übernehmen wird, hat nach der „B. B.-Z.“ die Aufforderung erhalten, sich auf seinen Posten zu begeben und wird innerhalb der nächsten drei Tage von hier abreisen.

— Die „N. Nachr.“ melden: Es geht uns die Mittheilung zu, daß die Regulirung des ehemaligen dänischen Oberpostamts in Hamburg alsbald vollzogen werden dürfte. Dänemark soll seine desfallsigen Berechtigungen gegen finanzielle Entschädigung an Preußen übertragen haben, und wir können uns um so weniger berechtigt erachten, in die Zuverlässigkeit unseres Gewährsmannes Zweifel zu setzen, als die Versetzung des früheren dänischen Oberpostdirektors in Hamburg, Grafen v. Holz, als Postmeister nach Aarhus in Jütland mit dem Vorstehenden nicht im Widerspruch steht.

— Der Geh. Kommerzienrath Krupp hat einem Freikorps,

dessen Bildung hier vorbereitet ist, sechs gezogene Schöpsfunder zum Geschenk gemacht.

Köln, 6. Juni. Se. Maj. der König von Hannover traf heute Morgen hier ein und reiste nach eingenommenem Dejeuner nach Brüssel weiter.

Aus Hamburg meldet die „Schl.-Holst. Ztg.“: „Der preussische Gesandte, Baron von Nichteusen, hat (wie schon telegraphisch erwähnt) im Auftrage seiner Regierung durch die Notare C. Schramm und E. L. Wächter der Vereinsbank, wie der Norddeutschen Bank protestando insinuiert, daß die preussische Regierung gegen jede ohne vorgängige Zustimmung des Königs als Mitsoverän des Herzogthums Holstein erfolgende Auszahlung der in Händen der Banken befindlichen, dem Herzogthum Holstein gehörenden Gelder, bez. gegen jede Auslieferung der in Händen der Banken befindlichen, dem Herzogthum Holstein gehörenden Werthpapiere förmlichst und nachdrücklich protestire unter der Erklärung, daß die preussische Regierung jede derartige Auszahlung von Geldern oder Auslieferung von Werthpapieren als überall nicht erfolgt ansehen und behandeln werde.“ Es wäre dies eine erste thatächliche Konsequenz, welche aus der Aufhebung des Gasteiner Vertrages gezogen wird.

Der „Hamb. N. Ztg.“ wird aus **Kiel** geschrieben: Neben der Nachricht von der Einberufung der holsteinischen Stände zum 11. d. Mts. geht die andere, daß die Vorbereitungen zur Bildung des Kontingents alle getroffen sind. In hiesigen Kreisen spricht man davon als von einer ausgemachten Sache. Sollte dieselbe sich bestätigen, so wäre die Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe gerückt. (Es heißt an anderer Stelle in derselben Korrespondenz: Der Tiefblickende wird in dieser neuen Wendung der Dinge (Einberufung der Stände und Bildung des Kontingents) nur einen Schatzzug Oesterreichs erkennen, Preußen zum Loschlagen zu treiben. Daß unser Land in die gestellte Falle hineingehe, wagen wir leider nicht zu bezweifeln. Ein Leitartikel der „Schl.-Holst. Ztg.“ „Ein Tag der Freude“ giebt das Signal zu erneuertem Jubel. Unsere Hoffnungen haben das verlorene Gleichgewicht wiedergewonnen, und während noch vor Kurzem des Unmuths dunkle Wolke auf dem Antlitz ihres Gebieters lagerte, strahlte dasselbe jetzt vor Freude und Wonne, so daß die nach Düsterniß Lustwandelnden wahrhaft erquickt und in der gehobenen Stimmung heimkehren. Da bei der Kürze der Zeit die Bildung eines eigenen Kontingents auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen dürfte, so liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die Holsteiner unter der Führung des Augustenburger entweder als eigenes Korps der österreichischen Brigade attached, oder unter die hier liegenden Regimenter eingestekt werden.)

Paris, 5. Juni. Die Pariser Blätter beschäftigen sich fast ausschließlich mit der Politik Oesterreichs, die den Franzosen gar nicht zu imponiren scheint, trotz der Kühnheit, mit welcher sie den Kongreß gesprengt hat. „Oesterreich arbeitet ganz wacker für Italien!“, mit diesem Kompliment soll ein hoher Herr gestern den Ritter Nigra empfangen haben, und in der That die Anzeichen mehren sich von Tag zu Tage, daß von den beiden großen Observations-Korps, welche der Kaiser bei dem Ausbruch des Krieges zusammenziehen wird, das südlicher stehende sich bald genug auf den Marsch nach Italien machen werde. (?)

— Man sieht hier der Nachricht von einer sehr entscheidenden Bewegung der italienischen Flotte entgegen.

Pommern.

Stettin, 8. Juni. (Sitzung des Bürgervereins am 7. Juni.) Ein Mitglied des Vereins, Hr. Diecke, hält zunächst einen Vortrag über die Schutzmittel gegen die Cholera und empfiehlt besonders die Desinfection der Dunggruben und zwar durch eine Mischung von Karbolsäure, Lössgrus und Eisenvitriol, welche bereits im Handel zu dem sehr billigen Preise von 1 Thlr. pro Centner zu haben ist. Diese Mischung hat den Vorzug, daß sie eine Fäulniß der Auswurfstoffe nicht zuläßt, während der anderweitig empfohlene Holzessig die Nässe in den Dunggruben vermehrt. Gleichzeitig verweist Redner auf die im Buchhandel für 10 Sgr. zu habende Broschüre eines amerikanischen Arztes, betitelt: „Die gänzliche Unterdrückung der Cholera von Ed. Görg“ und trug aus derselben mehrere effektante Beispiele von Heilung der bis zu dem höchsten Stadium vorgeschrittenen Cholera vor. Im Anschluß an diesen Vortrag wurde die von dem Magistrat gemachte Offerte, die Besprengung der Straßen zu dem Preise von 3 Thlr. pro Haus durch die Wasserleitung zu bewirken, in Anregung gebracht. Man hielt dies jedoch für kleinere Häuser für einen zu hohen Preis, um eine allgemeine Bethheiligung hoffen zu können und faßte folgende Resolution: Der Bürgerverein spricht die Erwartung aus, die städtische Wasserleitungs-Deputation werde den jetzigen Modus, wonach für Sprengung der Straße, ohne Unterschied der Frontlänge des Hauses, jährlich 3 Thlr. gezahlt werden sollen, aufheben und statt dessen eine Klassifikation eintreten lassen, bei welcher die Bezahlung nach laufenden Fuß der Fronte berechnet, der Satz von 3 Thlr. pro Haus aber als Maximum festgehalten werde. Auch sei es wünschenswerth, den Besitzern von Feuerhähnen die Berechtigung zur Besprengung ihrer Straßenseiten gratis zu ertheilen. Anschließend an diese Debatte fand sich die Frage resp. der Antrag vor, im St. Johannis-Kloster die Privets zu desinfectiren und eine Wasserleitung in demselben anzulegen. Indem die Versammlung diesen Antrag für gerechtfertigt hielt, sprach sie zugleich den Wunsch aus, mit gleichen Maßregeln in allen öffentlichen Anstalten, namentlich in den Schulen vorzugehen. Zugleich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es in Grünhof noch immer an einer Apotheke fehle. — Der Vorsitzende, Hr. Müller, theilt mit, daß sich unter der Regide des Hrn. Oberpräsidenten ein Comité zur Unter-

stützung der Familien der zum Heere Einberufenen gebildet habe und daß das Comité gewünscht, sich durch zwei Mitglieder des Bürgervereins zu verstärken. Da es nicht mehr möglich gewesen, zur Wahl dieser beiden Deputirten den Verein zusammen zu rufen, so sind durch den Vorstand er, der Vorsitzende, und der Hr. Rentier Köhler dazu bestimmt worden. Die Versammlung ertheilt zu dieser Wahl ihre Zustimmung. Hr. Müller berichtete hierauf, daß bereits eine Sitzung des betreffenden Comité's stattgefunden, in welcher unter andern praktischen Vorschlägen namentlich derjenige beliebt sei, zum Freitag, den 8. d. M., eine allgemeine Bürgerversammlung anzuberaumen, um die Sache nicht in engeren Kreisen zu lassen, sondern das allgemeinste Interesse für dieselbe rege zu machen. Zugleich forderte Hr. Müller die Mitglieder auf, diese auf den 8. d., Nachmittags 6½ Uhr im großen Rathssaale anberaumte Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Ferner ist es im Comité als wünschenswerth erachtet, kleinere Bezirksvereine zu bilden, was sich bei der jetzigen gefährlichen Zeit auch in anderen Angelegenheiten als eine sehr nützliche Maßregel empfehlen dürfte. Schließlich wurde noch die Mittheilung gemacht, daß ein Mitglied des Vereins, Hr. Kettner, Besitzer der Alhambra, am nächsten Donnerstag auf seine Kosten, jedoch im Namen des Bürgervereins, ein Konzert in seinem Lokal veranstalten werde, zu welchem das gesammte Publikum für einen Eintrittspreis von 2½ Sgr. pro Person eingeladen und dessen Ertrag unverkürzt dem vorerwähnten Comité überwiesen werden soll.

— Mit Rücksicht auf die Cholera wird aus sanitätspolizeilichen Gründen der hiesige Wochenmarkt von morgen an bis auf Weiteres theilweise andere Standplätze erhalten. Aus der Unterstadt werden verlegt: der Fleischmarkt nach dem Kirchplatz in der Neustadt, — die Schuhmacher, Kürschner, Klempner u. s. w. nach der Lindenstraße, — die Händler mit Wild, Geflügel und Käse in die Lindenstraße, gegenüber dem Kirchplatz.

— Das gestrige Konzert im Garten des Schützenhauses zum Besten der Familien der eingezogenen Landwehrlente und Reservisten wurde von ca. 300 Personen besucht und hat einen Reinertrag von ca. 80 Thalern gebracht.

— Im Feldpostverkehr werden befördert: gewöhnliche Briefe und Geldbriefe mit einem Werthhalte bis einschließlich 50 Thaler für Militärs und Militärbeamte in Privatangelegenheiten, Brief-, Paket- und Geldsendungen in eigentlichen Dienstangelegenheiten.

Es muß in Anspruch genommen werden, daß bei allen Sendungen an Militärs und Militärbeamte der Absender seinen Namen und Wohnort auf der äußern Siegelseite des Briefes angebe.

Privatpäckereien an Militärs und Militärbeamte der mobilen Truppen können, in Betrach der wechselnden Standorte der Truppen, bis auf Weiteres zur Besorgung durch die königlichen Posten nicht mehr angenommen werden, den alleinigen Fall ausgenommen, daß der Absender bestimmt versichern kann, daß der Adressat zu einem Truppentheile mit festem Standquartier gehört, wonächst der Standort von dem Absender auf der Sendung angegeben sein muß.

— Zu Regierungsbevollmächtigten bei den betreffenden Darlehnskassen sind in Stettin der Regierungsrath Staberoh, in Königsberg der Regierungsrath Schlot, in Frankfurt a. D. der Regierungsrath Jacobi, in Magdeburg der Regierungsrath v. Meusel ernannt.

— Von Hrn. Hermann Bloß, Inhaber des hiesigen Bank- und Wechselgeschäfts, ist der Plan zu einer Prämien-Kollekte veröffentlicht worden, aus deren Ertrage den Familien der einberufenen Landwehrmänner eine Summe von 1000 Thlrn. zuzufießen soll. Hr. Bloß will 25 goldene und 100 silberne Uhren im Gesamtwerte von 1000 Thlrn. zur Verloosung stellen und dazu 6600 Loose à 10 Sgr. ausgeben. Der Abschlag der Loose wird möglichst schnell gewünscht, damit schon am 1. Juli die Verwendung der Gelder erfolgen kann. Tag und Stunde der Ziehung wird drei Tage vorher bekannt gemacht werden. Sollten die Loose nicht gänzlich abgesetzt werden, so findet eine entsprechende Reduktion der Gewinne Statt.

— In den nächsten Tagen werden die hinterpommersche und die Stettin-Berliner Bahnstrecke wieder von Truppenburzügen in Anspruch genommen. Heute früh 4 Uhr ging das hiesige Garde-Landwehrbataillon mittelst Extratrains nach Berlin ab. Im Laufe des Tages passiren 3 Extrazüge mit dem 9. Landwehr-Regiment hier nach Berlin durch, und zwar um 6½ Uhr der erste von Stargard, um 10 Uhr 20 Minuten der zweite von Schivelbein und um 3¼ Uhr der dritte von Köslin. Am Freitag den 9. passirt das pommersche Landwehr-Hufaren-Regiment in vier Extrazügen hier nach Berlin durch, und zwar um 6 Uhr 46 Minuten Vormittags, um 3 Uhr 30 Min. Nachmittags, um 8 Uhr Abends und um 12 Uhr Nachts, stets von Belgard abgehend. Am 11. (Montag) passiren noch zwei Bataillone des 21. Landwehr-Regiments, das Neustettiner Bataillon um 10½ Uhr Vormittags und das Stolper Bataillon um 3¼ Uhr Nachmittags.

Neueste Nachrichten.

Kiel, 7. Juni, Abends. Die holsteinischen Stände sollen trotz des Widerspruchs der preussischen Regierung in Altona unter dem Schutze der österreichischen Truppen zusammentreten. Das Wiener Cabinet will den Gasteiner Vertrag aufrecht erhalten wissen, um mit den Ständen ohne Theilnahme eines preussischen Regierungskommissars verhandeln zu können. FML. v. Gablenz hat den Befehl des Kaisers von Oesterreich, ein holsteinisches Kontingent zu bilden und der österreichischen Brigade anzuschließen, nicht ausführen können. — Die Preußen beziehen überall friedlich die Garnisonen.

Mendenburg, 7. Juni, Abends. Die österreichische Hälfte der hiesigen Garnison räumt auf Befehl von FML. Gablenz, welcher bereits gestern eingetroffen, den Platz im friedlichsten Verneh-

men mit der preussischen zurückbleibenden Garnison. General Mantuffel wird erwartet.

Altona, 7. Juni, Nachmittags. Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Gablenz und Adlatus Hoffmann sind hier eingetroffen und haben Palmaila Nr. 8 Wohnung genommen. Der Erbprinz von Augustenburg ist ebenfalls angekommen.

Nach einem Briefe aus Rendsburg ist die österreichische Besatzung plötzlich in der letzten Nacht ausgerückt und hat ihren Marsch über Jevensfeldt genommen. Die Annahme von Telegrammen war verweigert worden.

Das „Holsteinische Verordnungsblatt“ veröffentlicht nachfolgende Bekanntmachung: Nachdem mir vom preussischen Gouvernement für Schleswig die Mittheilung gemacht worden, daß preussische Truppen heute in Holstein einrücken, und namentlich in der Richtung auf Bramstedt und Iphoe durchmarschiren werden, so habe ich weitere Entschlüsse meinem hohen Kabinete vorbehalten, hiergegen Protest erhoben und fühle mich veranlaßt, den Sitz der Statthalter-schaft und der Landesregierung bis auf Weiteres nach Altona zu verlegen. Die resp. Landesbehörden werden demnach angewiesen, ihre Eingaben, Berichte u. an die k. k. Statthalter-schaft und an die herzoglich holsteinische Landesregierung von heute an nach Altona zu adressiren. K. K. Statthalter für Holstein: Gablenz.

Altona, 7. Juni, Abends. Die österreichische Truppenkonzentration findet in der Richtung nach Wedel und Stade statt.

Samburg, 7. Juni, Nachmittags. Der Erbprinz von Augustenburg ist hier eingetroffen.

Samburg, 7. Juni, Abends. Hier eingelaufenen Nachrichten zufolge hat der preussische Generalmajor v. Fries mit einer Abtheilung Truppen heute Morgen in der Richtung nach Süden die Eider überschritten. Mit FML. v. Gablenz ist der gesammte Stab von Kiel nach Altona gegangen, wo die Oesterreicher sich konzentriren.

Dresden, 7. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung anstatt der von der Regierung verlangten einen Million, eine und eine halbe Million Thaler zu Vorschüssen wegen der Handelskrise bewilligt. Auf eine Anfrage erklärte der Finanzminister, daß eine Kündigung der Steuer- und Zolldreite nicht beabsichtigt werde, da die Staatskasse auch ohne solche Mittel in der Lage sei, allen ihren Verbindlichkeiten gerecht zu werden.

Kassel, 7. Juni, Mittags. Nach der „Kasseler Zeitung“ sind die für den 7., 8. und 9. Juni angesagten Transporte preussischer Truppen von Westphalen nach Sachsen heute abbestellt worden.

Nach der heutigen „Morgenzeitung“ hat der Ausschuss des Handelstages einstimmig beschlossen, die aus Düsseldorf und Ulm eingegangenen Anträge auf Berufung des Plenums, um bei den deutschen Regierungen Vorstellungen auf Erhaltung des Friedens zu machen, abzulehnen. Die Ablehnung wird damit, daß den Regierungen wohl mehr als tausend Mal gesagt worden sei, daß das Volk den Frieden wolle, es komme nur darauf an, durch welche Mittel der Frieden zu erhalten sei. Als solches Mittel bezeichnet der Ausschuss die alsbaldige Berufung eines deutschen Parlamentes. Der Mangel einer den Interessen des deutschen Volkes entsprechenden Gesamtverfassung sei die Ursache des jetzt ausgebrochenen furchtbaren Konfliktes. Ein Freund der deutschen Nation sei, wer den nationalen Bedürfnissen ernstlich entgegenkomme; ein Feind, wer ihnen entgegentrete. Der Ausschuss hat beschlossen, den Mitgliedern hiervon Mittheilung zu machen.

Stuttgart, 7. Juni. Die erste Kammer hat beide die Kriegsrüstung betreffenden Gesetze einstimmig angenommen. Morgen wird der Landtag geschlossen.

Die Zwangsremontirung wird nächste Woche der erschienenen Verordnung gemäß beginnen.

München, 7. Juni, Vormittags. Der von der Kommission der Kammer der Abgeordneten ausgearbeitete Adressentwurf billigt vollständig die Politik der Regierung, verlangt entschiedenen Widerstand gegen den Urheber des Friedensbruches, möglichst beschleunigte Einberufung eines aus freier Volkswahl hervorgegangenen Parlamentes mit der Aufgabe, zur Neugestaltung der Bundesgrundgesetze mitzuwirken und die allseitige Verständigung zu erleichtern.

Wien, 7. Juni, Abends. Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die kaiserliche Regierung muß die Unterstellung des preussischen „Staatsanzeigers“, daß Oesterreich die Konvention vom 16. Jan. 1864, sowie den Gasteiner Vertrag verlegt habe, einfach zurückweisen.

Nachdem das Blatt einen historischen Ueberblick über alle positiven Momente gegeben, welche bezeugen sollen, daß Preußen in zahlreichen offiziellen Erklärungen vor und zur Zeit der gemeinsamen Aktion in der Herzogthümerfrage den Schutz des bedrohten deutschen und des Landesrechtes der Herzogthümer als Voraussetzung und Basis derselben acceptirt habe, fährt dasselbe wörtlich fort: Nur innerhalb der Grenzen, welche das Recht gezogen, nur auf der Basis, welche eine loyale Auffassung der politischen Stellung und des Berufs Preußens schaffen mußte, konnte jene Einigung zur Entfaltung gelangen. Innerhalb jener Grenzen aber und auf dieser Basis hat Oesterreich geradezu Alles gethan, um eine Einigung herbeizuführen. Es hat dem Streben Preußens nach Machterweiterung im Norden Zugeständnisse gemacht, welche thätlich nur da Beschränkungen fanden, wo sie den klaren Grundbestimmungen der Rechte des deutschen Bundes aus das Entscheidende hätten widersprechen müssen. Es hat sich in seiner Vertragstreue nicht irre machen lassen, als Preußen bei jeder Gelegenheit durch Wort und That, durch Erklärungen und konkludente Handlungen bewiesen, daß es seine Verbindlichkeiten aus der Konvention vom 16. Januar 1864 und aus dem Gasteiner Vertrage als keine Schranken mehr für eigenes Belieben anerkenne, Maßregeln so tiefgreifender Art, wie die Umwandlung Kiels in eine Hauptstation der preussischen Marine trotz des Protestes Oesterreichs und der Erlaß der Verordnung vom 13. März zur Befrafung feindlicher Handlungen gegen die souveräne Gewalt in den Herzogthümern vermochten Oesterreich nicht in der strikten Anerkennung und Durchführung der Vereinbarungen mit Preußen zu erschüttern. Das Berliner Kabinete war es, welches am 26. Januar 1866 erklärte, wenn die angeblich von ihm erstrebte intime Gemeinsamkeit der Gesamtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen lasse, — und es hatte sie Schritt für Schritt unmöglich gemacht — volle Freiheit für seine Politikgewinnen und von derselben den

Gebrauch machen zu müssen, den es den Interessen Preußens für entsprechend halten werde. Mit dieser Erklärung hatte sich die diplomatische Loslösung Preußens vom Gasteiner Vertrage vollzogen. Das deutsche Interesse war somit im preussischen völlig untergegangen und die Grundlagen waren zerstört, auf welche sich die Einigung der deutschen Großmächte aufgebaut hatten. Das Votum der Kronjuristen sollte die ursprüngliche Einigungsbasis ersetzen und maßgebend sein für die Verwaltung des Holsteins, für die definitiven Entschlüsse der österreichischen Regierung und für die endgültige Fragelösung. Es war ein weiter Weg, welchen Preußen in Abkehr von den Verpflichtungen, die seine Stellung im deutschen Bunde mit sich bringt, zurückgelegt hatte, ein Weg, auf dem Oesterreich nicht folgen konnte: Nichtsdestoweniger suchte Oesterreich nochmals zur Verständigung zu gelangen. Ein in der Depesche vom 26. April enthaltener Vorschlag Oesterreichs blieb unbeantwortet. Preußen hatte sich praktisch von der Einigung zurückgezogen, deren Nothwendigkeit es allerdings jedesmal nur dann geltend gemacht hatte, wenn es seinen Interessen entsprechend war und die es so oft verleugnete, als es hoffen durfte, aus der Nichtanerkennung derselben Vortheil zu ziehen. Und dennoch hat die österreichische Erklärung vom 1. Juni in keiner Weise die Rechte Preußens präjudicirt; sie enthält nicht den Rücktritt Oesterreichs von dem dispositiven Inhalt des Gasteiner Vertrags, welcher bis zum Zustandekommen eines Definitivums ungeschwächt bestehen soll, sondern sie entspricht dem rechtlichen Charakter jener transitorischen Bestimmungen im vollen Umfange. Indem die Erklärung Oesterreichs das ältere, durch keine Abmachung alterirte Bundesrecht frei sich behält, läßt sie der definitiven Entscheidung der Frage, hält sie für Oesterreich fest an den ursprünglichen Voraussetzungen der Aktion. Preußen mag an die Stelle derselben andere gesetzt haben. Aber die Wandlung der preussischen Politik liegt nicht im Verschulden Oesterreichs. Zu keiner Zeit hat Preußen im Beginne seiner Gemeinsamkeit mit Oesterreich erklärt, daß es das letzte Ziel seiner Politik sei, das Recht Deutschlands zu beugen, die Bundeselemente zu zersprengen. Es hat die Nothwendigkeit, die Angelegenheit der Schlußentscheidung des Bundes anheimzustellen, nie geleugnet, vielmehr immer, mindestens indirekt, dieselbe aufrecht erhalten bis zu dem Augenblicke, wo ministerielle preussische Blätter erklärten, das Betreten des Bundesweges sei gleichbedeutend mit einer Provokation zum Kriege. Für den klar ausgesprochenen Zweck, das Recht und die Interessen Deutschlands zu wahren, ist die Aktion begonnen, sind die Verträge geschlossen worden. Für das Unrecht giebt es keine rechtliche Einigung, und gegen eine Interpretation der Verträge in diesem Sinne müssen wir vom österreichischen Standpunkte aus die entschiedenste unzweideutigste Verwahrung einlegen.

Die „Presse“ schreibt in ihrer Abendausgabe: Der preussische Gesandte Hr. v. Werther hat hier erklärt, Preußen werde sich dem Zusammenritt der holsteinischen Stände thätlich widersetzen. Der Einmarsch der preussischen Truppen in Holstein wird stündlich erwartet. Dies ist ein offener Bruch des Gasteiner Vertrags, ein Beginn der Feindseligkeiten.

Die Nachricht, der Herzog v. Gramont sei Ueberbringer eines Schreibens des Kaisers Napoleon an den Kaiser von Oesterreich, hat sich nicht bestätigt.

Brüssel, 7. Juni, Abends. Die „Indépendance“ bringt den angebligen Text der österreichischen Note vom 1. d., welche die Weigerung, am Kongresse Theil zu nehmen, begleitet haben soll. Es heißt darin: Oesterreich will nicht damit zurückhalten, daß es seine Zustimmung von Bedingungen abhängig macht, welche den Zusammenritt aufhalten können. Das Wiener Kabinete zieht vor, dieses zu thun, weil es sich von der Konferenz nicht besonders günstige Resultate verspricht, denn der auf Italien bezügliche Artikel bedeutet die Abtretung Venetiens; Oesterreich muß solchem Ansinnen eine absolute Weigerung gegenüberstellen. Eine so wichtige Provinz abzutreten, wäre Selbstmord. Wo sollten Kompensationen gefunden werden? Die Türkei steht nicht auf der Tagesordnung; weder die Donaufürstenthümer noch Bosnien oder die Herzogwina vermöchten ein Aequivalent zu bieten. Auch ist insinuiert worden, daß Schlessien zur Entschädigung Oesterreichs dienen könnte. Oesterreich ist weit entfernt, diese Kombination zu wünschen, es zieht vor, daß jede Macht ihr legitimes Eigenthum behalte. Oesterreich würde alle Gefühle des Landes und der Armee verletzen, wenn es zu Verhandlungen über das Aufgeben Venetiens seine Zustimmung gäbe. Da eine derartige Lösung unmöglich ist, so würde Oesterreich genöthigt sein, diese Unmöglichkeit auf dem Kongresse zu erklären und auf diese Weise die Verantwortlichkeit für das Mißlingen desselben auf sich nehmen müssen. Oesterreich kann eine Diskussion über Italien auf keiner anderen Basis acceptiren als auf der des Züricher Vertrages, es würde bereitwillig dem Kongresse zustimmen, sobald es eine Garantie dafür erhielte, daß keine Macht die Absicht habe, sich desselben als Mittel zu bedienen, leichter zu dem Ziele zu gelangen, welches mit den Waffen in der Hand zu verfolgen, sie Abstand nehme. Die wahrhaft neutralen, nicht interessirten Mächte werden begreifen, daß eine friedliche Einigung über Venetien unmöglich ist. Stark seines Rechtes ruit Oesterreich Niemandes Hilfe an, fordert aber freie Hand, sein Eigenthum zu bewahren.

Paris, 7. Juni, Abends. Nach der „Patrie“ ist der preussische Botschafter heute von dem Kaiser empfangen worden und hat demselben den Dank seines Souveräns für die Bemühungen zur Erhaltung des Friedens ausgesprochen.

London, 7. Juni, Mittags. Die Agra and Mastermans Bank hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Fallissement dieser Bank macht großen Eindruck.

Venedig, 6. Juni. Der Municipalrath tritt am Freitag zusammen, um eine Kommission zu ernennen, welche Vorsorge für den Unterhalt der Armen während einer etwaigen Blockade treffen soll.

Florenz, 7. Juni. Heute Abend wird die Rückkehr des Königs erwartet. In der Deputirtenkammer sind die Finanzmaßregeln mit 145 gegen 40 Stimmen angenommen worden.

Der „Diritto“ veröffentlicht einen Brief des Generals Lühr an den Deputirten Machi über die Absicht der italienischen Patrioten bezüglich Dalmatiens, und die Antwort Machi's. In der letzteren heißt es: Die Italiener wünschen den Krieg, ausschließlich um die italienischen Provinzen zu befreien; sie werden die Rechte anderer Völker achten.

Triest, 7. Juni, Mittags. Ein patriotischer Hilfsverein wird unter der Leitung des Podesta hier gebildet.

Mit der Levantepost eingegangene Nachrichten melden aus: Konstantinopel, 2. Juni. Der Ueberbringer eines Briefes des Prinzen von Hohenzollern wurde Ali Pascha vorgestellt, das Schreiben desselben jedoch nicht angenommen. Omer Pascha ist in besonderer Mission nach Rußland geschickt worden; nach Schumla sind Verstärkungen abgegangen; das für den Archipel bestimmte türkische Geschwader bleibt vorläufig in Smyrna stationirt.

Athen, 2. Juni. Antoniadis, Präfect von Korfu, ist behufs Uebernahme des Ministeriums des Innern hierher berufen worden. Hier herrscht große Geldnoth und allgemeine Handelsstockung.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 8. Juni. Das Kriminalgericht hat heute gegen Twesten wegen seiner Rede im Abgeordnetenhaus verhandelt. Der Staatsanwalt beantragte wegen Verläumdung des Justizministers, des Staats-Ministeriums und des Ober-Tribunals einjährige Gefängnißstrafe. Der Gerichtshof erklärte sich kompetent, sprach aber den Angeklagten auf Grund des Artikels 84 der Verfassungsurkunde frei.

Reife, 8. Juni. Der Magistrat macht bekannt, daß die Civilpersonen sich bis zum 11. d. auf drei Monate verproviantiren müssen. Wer dies nicht gethan hat, wird nach dem 11. auf Befehl des Oberpräsidenten aus der Stadt entfernt.

Kassel, 8. Juni. Die Regierung will die turbesische Brigade zur Besatzung von Mainz nicht hergeben.

Kastadt, 8. Juni. Die Preußen verlassen die Bundesfestung und werden durch Badenser ersetzt.

Baden-Baden, 8. Juni. Der Großherzog hat geäußert, er billige vollständig den preussischen Reformplan.

Wien, 8. Juni. Das hiesige telegraphische Korrespondenzbureau meldet: Bukarest, 7. Juni. Die türkische Armee soll heute die Donau überschritten und ein Zusammenstoß soll stattgefunden haben. Rumänische Truppen sind aus Bukarest den Türken entgegen geschickt. Der Prinz von Hohenzollern übernimmt das Oberkommando und geht morgen zur Armee. Die Regierung verlangt von der Kammer eine Anleihe von 36 Mill. Pfund mit Zwangscours für die Armeebesürfnisse.

Wollbericht.

Breslau, 7. Juni, Vormittags. Der hiesige Markt ist vollständig beendigt. Alles wurde zu gestrigen Preisen verkauft. Die Zufuhren waren um ein Viertel geringer als sonst. Viele Bestzer kamen nicht zu Markte, da sie noch niedrigere Preise befürchteten. Das Ausland und der Rhein acquirirten das Gros der Wollen. Die inländische Industrie war fast ganz thätig.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 7. Juni, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Anna Reßina, Köbn von Arnis. Stolp (SD). Ziemle von Kopenhagen. Revier 12 1/2 F. Wind: N. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Juni. Witterung: bewölkt. Temperatur: + 20° R. Wind: NW.

An der Börse. Weizen fester, loco pr. 85 Pfd. gelber 60-66 R. bez., mit Answuchs 38-50 R. bez., 83-85 Pfd. gelber Juni-Juli 65 1/2 R. bez., Juli-August 66 1/2 R. bez., September-Oktober 67 R. bez.

Roggen anfangs höher, dann etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 41-44 R. bez., gestern 1 abgel. Anmeldung 41 R. bez., heute abgel. Anmeldungen 42 1/2 R. bez., in einem Falle 41 R. bez., Juni-Juli 42 1/2, 43, 42 1/2 R. bez., Juli-August 43 1/2, 44, 43 1/2 R. bez., 43 3/4 R. u. Bd., September-Oktober 45, 45 1/4, 44 1/2 R. bez. u. Br., Oktober-Novbr. 44 1/4 R. bez.

Gerste loco, pr. 70 Pfd. schlef. 37-41 R. bez., 70 Pfd. schlef. Juni 41 R. Bd.

Hafser loco pr. 50 Pfd. 27-29 R. bez., 1 Ladung vorpommerscher 29 R. bez., 47-50 Pfd. Juni-Juli 30 R. bez., Juli-August 30 1/2 R. Br., 30 R. Bd.

Rüböl still, loco 13 1/2 R. Br., Juni 13 R. Br., September-Oktober 11 1/2 R. Bd.

Spiritus fest, loco ohne Faß 12 1/2 R. bez., Juni-Juli 12 R. bez. u. Br., Juli-August 12 1/2 R. bez., August-Sept. 13 1/2 R. bez. Angemeldet: 500 Wisp. Roggen, 250 Wisp. Hafser.

Berlin, 8. Juni, 1 Uhr 55 Min. Nachmittags. Staats-Schuldscheine 71 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 80 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 110 bez. Stargard-Bosener Eisenbahn-Aktien 73 bez. Oesterr. Nat.-Anleihe 43 3/4 bez. Pomm. Pfandbriefe 77 bez. Ober-Schlesische Eisenbahn-Aktien 121 1/2 bez. Amerikaner 69, 68 1/2 bez.

Roggen Juni-Juli 43 1/2, 44 bez., Juli-August 43 1/2, 44 1/2 bez., September-Oktober 44 bez., 44 1/2 R. Br. Rüböl loco 14 bez., Juni 13 1/2, 1/2 bez., Juni-Juli 12 1/2 R. Br. September-Oktober 11 1/2 bez., 1/2 Bd. Spiritus loco 12 1/2 bez., Juni-Juli 12 1/2, 1/2 bez., Juli-August 12 1/2, 1/2 bez., August-September 13 1/2, 1/2 bez.

Stettin, den 8. Juni.

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-
"	2 Mt.	—	ban-Obligat.
Hamburg	6 Tag.	151 1/2 bz	Used.-Wollin.
"	2 Mt.	149 1/2 bz	Kreis-Oblig.
Amsterdam	8 Tag.	141 3/4 G	St. Str.-V.-A.
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.
London	10 Tag.	6 21 1/2 bz	Pr. Sec.-Assoc.
"	3 Mt.	6 18 1/2 B	Comp.-Act.
Paris	10 Tg.	—	Pomerania
"	2 Mt.	79 3/4 bz	Union
Bordeaux	10 Tg.	—	St. Speich.-Act.
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.
St. Petersburg	3 Wch.	—	N. St. Zucker-
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-
Preuss. Bank	5	Lomb. 9 1/2 %	Fabrik-Anth.
Sts.-Anl. 5457	4 1/2	—	Bredower
"	5	—	Walzmühl.-A.
St.-Schldsch.	3 1/2	—	St. Portl.-Cem.
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	Fabrik
Pomm. Pfdb.	3 1/2	—	Stett. Dampf
"	4	—	Schlepp-Ges.
" Renteb.	4	—	Stett. Dampf-
Ritt. P.P.B.A.	—	—	schiffs-Verein
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C
Berl.-St. Eis.	4	—	Germania
Act. Lt. A.B.	4	—	Vulkan
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-
"	4 1/2	—	mühlen-Ges.
Starg.-P.E.A.	3 1/2	—	Pommerensd.
" Prior.	4 1/2	—	Chem. Fabrik
Stett. Stdt.-O.	4 1/2	—	Chem. Fb.-Ant.
Stett. Borsch.	4	—	Stettin Kraft-
Obligationen	4	—	Dünger-F.A.
St. Schausp.	5	—	Gemeinnützige
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.